

Windkraft ohne Rückenwind

Branchenverband: Energieriesen erwägen Aus von Offshoreprojekten in Nord- und Ostsee

Von Oliver Rast

Flaute in der Branche – bei Projektentwicklern von Offshorewindparks in Nord- und Ostsee. Big-Player haben Milliarden Euro für den Zuschlag gezahlt – und erwägen nun einen Rückzieher, berichtete das *Handelsblatt* in seiner Donnerstagsausgabe. Laut Bundesverband Windenergie Offshore (BWO) seien Projekt- und Beschaffungsvolumina in Höhe von bis zu 50 Milliarden Euro in Gefahr. Offenbar ist Branchenmultis wie Total Energies und BP die Realisierung der Anlagen vor den Küsten zu risikoreich geworden – kurz: unrentabel.

Warum? Zu hohe Gebote, zu hohe Kosten, schwierige Finanzierung. Dazu kommen steigende Zinsen, teure Lieferketten, unkalkulierbare Materialkosten. Zudem unsichere Strompreise und Verzögerungen beim Netzanschluss. Dabei galt die hohe See jahrelang als attraktives Terrain – und die Zockerei um »Schürfrechte« als lukratives Business.

Deshalb lieferten sich Energieriesen eine Bierterrallye. Wie funktioniert das Verfahren? Der Höchstbietende gewinnt – wie bei Auktionen. Es sind staatliche Ausschreibungen, bei denen Deutschland Nutzungsrechte für bestimmte Meeresflächen in Nord- und Ostsee versteigert. Gewinner dürfen Offshorewindparks bauen. In den Jahren 2023 bis 2025 haben Projektentwickler rund 16,6 Milliarden Euro für Flächen verausgabt. Nur, ob die Anlagen wirklich gebaut werden, ist fraglich – fraglicher denn je.

Stimmung macht der BWO – und fordert ein Rückgaberecht von Flächen und eine schnelle Neuausschreibung. Der Grund: Die Bundesregierung habe es versäumt, »in den Offshore-Wind-Ausschreibungsregeln eine Rückgabeoption für bezuschlagte Projekte zu schaffen«, teilte der Lobbyverband am Mittwoch mit. Rückgeführte Flächen sollen zügig in das »Auktionsdesign 2027« integriert werden – bei Bedarf auch über Sonderausschreibungen außerhalb der regulären Termine, so der BWO weiter. Ziel sei eine kurze Phase zwischen Rückgabe und neuer Vergabe, damit Flächen und Netzanbindungskapazitäten rasch wieder »in einen realistischen Realisierungspfad gelangen.« Dies stärke die Ausbauziele und stabilisiere die Projektpipeline für die Lieferkette. Das ist längst nicht alles: Der Bund soll auf 90 Prozent der Zuschlagsgebühr verzichten.

Ob die Unternehmen diese Option tatsächlich nutzen würden, ist ungewiss. Total Energies erklärte auf *Handelsblatt*-Anfrage, man setze die Entwicklung der Offshoreflächen fort. Jera Nex BP betonte, es sei allgemein bekannt, dass die Projekte mit erheblichen Herausforderungen verbunden seien – viele davon außerhalb des eigenen Einflussbereichs. Man stehe im Austausch mit allen relevanten Akteuren, einschließlich der deutschen Bundesregierung. Jera Nex

BP ist das Offshorewindkraft-Joint-Venture von BP und dem japanischen Energiekonzern Jera.

Von der Versteigerung bis zur Inbetriebnahme eines Windparks vergehen im Schnitt acht Jahre. Ein zu langer Zeitraum, finden Projektentwickler und Betreiber. Auch wegen der ambitionierten Ausbauziele. Den rechtlichen Rahmen dafür legt das Windenergie-auf-See-Gesetz (WindSeeG) fest. Zentral sind die gesetzlich verankerten Leistungsziele von 30 Gigawatt (GW) bis 2030, 40 GW bis 2035 und 70 GW bis 2045. Zum Vergleich, schreibt das *Handelsblatt*, entsprechen 70 GW der Leistung von 70 großen Kohlekraftwerken.

Klar ist: Stocken die Ausbauprojekte, ziehen sich Betreiber zurück, bleibt die Energiewende aus – jedenfalls in besagtem Zeitraum. Und wie reagiert das Bundeswirtschaftsministerium von Katherina Reiche (CDU)? Floskelhaft. Die Bundesregierung arbeite eng mit den Energiekonzernen Total Energies und BP zusammen, um wichtige Offshorewindprojekte trotz des schwierigen Marktumfelds voranzubringen. Man nehme die veränderten Rahmenbedingungen »sehr ernst« und suche nach »tragfähigen Lösungen«, erklärte ein Sprecher von Ressortchefin Reiche am Mittwoch abend gegenüber *Reuters*.

Der »grüne« Bundestagsabgeordnete Alaa Alhamwi erinnerte die Betreiber daran, dass ihre Rekordgebote ein bewusst eingegangenes unternehmerisches Risiko waren. Lieferten Offshoreparks weniger Strom als versprochen, reiße das Löcher ins Energiesystem, so der Fraktionsberichterstatter für den Bereich Offshore jüngst gegenüber *Tagesschau.de*. Lücken, die am Ende wieder Gaskraftwerke stopfen müssten. Anders ausgedrückt, der Branche droht Windstille.

<https://www.jungewelt.de/artikel/522970.erneuerbare-energietraeger-windkraft-ohne-rueckenwind.html>